

Aus Bund und Ländern

Herzklappen: Risiken bei älterem Typ

BERLIN. Das Bundesgesundheitsamt (BGA) macht darauf aufmerksam, daß bei einem bestimmten älteren Typ künstlicher Herzklappen Materialbrüche im Laufe der Jahre häufiger als bisher angenommen aufgetreten sind. Dies ergibt sich unter anderem auch aus der Auswertung einer niederländischen Untersuchung an ca. 2300 Trägern dieser Implantate (Van der Graaf, Y. et al., Lancet 339 (1992), 257 - 261).

Bei den Herzklappen handelt es sich um die Typen „60° C-C Björk-Shiley“ und „70° C-C Björk-Shiley“, wie die US-amerikanische Bundesgesundheitsbehörde (FDA) mitgeteilt hat. Diese Herzklappen wurden etwa bis 1986 verwendet. In Deutschland sind rund 3 700 Herzklappen dieser Art, weltweit rund 86 000 implantiert wor-

den. Für andere Typen besteht der Verdacht auf ein solches erhöhtes Risiko nicht.

Das BGA hat die etwa 40 Herzzentren der Bundesrepublik Deutschland vorab darüber informiert, daß die Risiken bei diesen Herzklappentypen offenbar größer sind als die Risiken, die jeder Herzklappenträger tragen muß. Für das Gespräch zwischen Patienten und Kardiologen und die Entscheidung, ob und welche Maßnahmen eingeleitet werden sollen, sind, so erläutert das BGA in einer Presseerklärung, der gesundheitliche Zustand, das Lebensalter und die Lebensweise der Patienten, die Größe und die Position der Herzklappe, das Operationsrisiko sowie weitere individuelle Faktoren von Bedeutung. Die Firma Shiley hat vorgesehen, ein bundesweites Register über die Träger von künstlichen Herzklappen einzurichten, um in Risikofällen die betroffenen Patienten rasch ermitteln zu können. BGA

Widerstand gegen fachliche Weisungsrechte

KÖLN. Ohne Gegenstimme verabschiedete die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein in Köln eine Entschließung, in der sie den Gesetzgeber sowie die nordrhein-westfälische Landesregierung dazu aufforderte, von ihren Plänen Abstand zu nehmen, im Rahmen der anstehenden Novellierung des Heilberufsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen den Kammern Aufgaben zu übertragen, die mit fachlichen Weisungsrechten des zuständigen Ministers verbunden wären.

Das Parlament der Ärztinnen und Ärzte im Landesteil Nordrhein stützt sich mit dieser Forderung auf ein staatsrechtliches Gutachten von Prof. Dr. jur. Hans Uwe Erichsen, Direktor des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Mün-

ster. Danach ist eine Aufgabenübertragung mit Fachaufsicht nicht nur nicht erforderlich, sondern wäre auch verfassungswidrig. WZ

„Das BGA im Jahre 1991“

BERLIN. Das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin unterrichtet die Fachöffentlichkeit in jedem Jahr über aktuelle Fragen der Gesundheitsvorsorge, des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Umwelthygiene. Zum Jahresbeginn erscheinen die Meldungen des vergangenen Jahres als BGA-Informationsschrift. Die Broschüre gibt einen Überblick über die vom Bundesgesundheitsamt angeregte öffentliche Diskussion in Gesundheitsfragen und soll die weitere Beschäftigung mit den Themen veranlassen. Sie ist beim Bundesgesundheitsamt, Postfach, W-1000 Berlin 33, unentgeltlich erhältlich. BGA

Kein Rauchverbot auf Inlandsflügen

STUTTGART. Auf den Inlandsflügen der Lufthansa dürfen die Passagiere weiterhin rauchen. Dies hat das Oberlandesgericht Stuttgart entschieden und damit die Berufung zweier Nichtraucher zurückgewiesen, die ge-

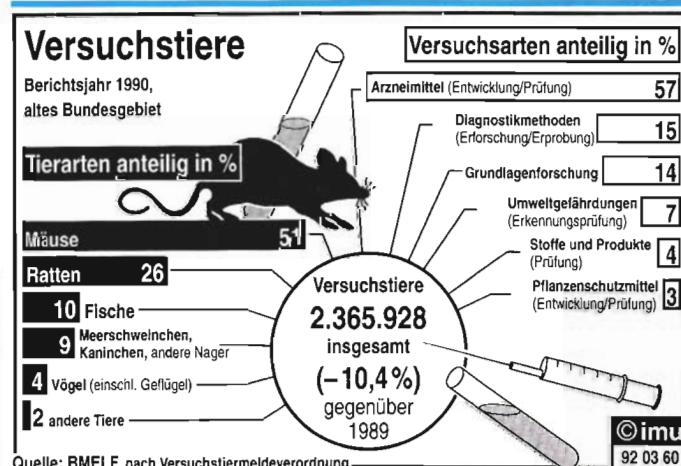
gen die Fluggesellschaft geklagt hatten. Beide Kläger, ein Steuerberater und ein Rechtsanwalt, hatten geltend gemacht, daß sie gegen Zigarettenrauch allergisch seien, jedoch aus beruflichen Gründen das Flugzeug benutzen müßten. Nach Ansicht der Richter steht den Klägern ein Anspruch auf die Durchsetzung eines Rauchverbots nicht zu. Beide Nichtraucher kündigten an, daß sie beim Bundesverfassungsgericht Klage einreichen werden. afp

Krankenhaus-Pflegesätze bleiben stabil

HAMBURG. Der Durchschnitts-Pflegesatz für die Hamburger Krankenhäuser wird 1992 fast auf Vorjahresniveau (rund 424 DM im Jahresdurchschnitt) bleiben. Das berichteten die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände und die Hamburgische Krankenhausgesellschaft in einer Pressekonferenz, nachdem die Verhandlungen um die neuen Pflegesätze der Kliniken nahezu abgeschlossen sind.

Im Moment, da die Ergebnisse für einige Krankenhäuser noch ausstehen, liege der durchschnittliche Pflegesatz der Krankenhäuser bei rund 427 DM, also fast auf dem gleichen Niveau wie 1991. Er berücksichtige eine rechnerische Steigerung der Selbstkosten der Krankenhäuser um 7,6 Prozent.

Die diesjährige Tarifierhöhung für das Personal wurde dabei mit - voraussichtlich zu geringen - 4,5 Prozent kalkuliert, die Teuerung der Sachkosten mit bis zu 4 Prozent. Der Betrag, den die Krankenkassen für stationäre Behandlung bezahlen, steige nach gegenwärtigem Verhandlungsstand jedoch „nur“ um 2,1 Prozent gegenüber rund 17 Prozent Steigerung im Vorjahr. Das sind nach den Angaben in der Pressekonferenz 38 Millionen DM mehr als 1991. WZ



Tierversuchsgegner sprechen von bis zu 14 Millionen Tieren, die pro Jahr in Deutschland für Tierversuche benötigt würden. Amtliche Zahlen dagegen belegen für 1990 etwa 2,4 Millionen Versuchstiere. Die Basis dieser Erhebungen bildet die im Tierschutzgesetz verankerte „Verordnung über die Meldung von in Tierversuchen verwendeten Wirbeltieren“ vom 1. August 1988. Sie erfaßt ebenso genehmigungs- wie anzeigepflichtige Versuche. Nach dieser Erhebung ist die Zahl der Versuchstiere gegenüber dem Vorjahr um mehr als zehn Prozent zurückgegangen. □